



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# Bürger:innenbrief

17. Mai 2023

**Hauptbahnhof +++ Schulabsentismus +++ Schulmaßnahmen: Aufholen nach Corona +++ U5-Kostenexplosion +++ Mietpreisentwicklung +++ Wohnopoly +++ Großbaustelle Wilhemsburg +++ Sinti und Roma +++ Bücherverbrennung**



Der Frühling ist da! (Foto: Michael Joho)

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Frühjahr ist da, es wird wärmer und die Tage bleiben länger hell. Und doch scheint eine gewisse Schwere den politischen Alltag zu überlagern. Die 100 Milliarden für das »Sondervermögen Bundeswehr« und der höchste Verteidigungsetat in der Geschichte der Bundesrepublik gehen ohne große Proteste durch; der Krieg Russlands gegen die Ukraine wird mit unverminderter Härte fortgeführt, und Politik und Medien rufen immer noch nach mehr Waffen; auch Lindners angekündigtem »Sparpaket« im Umfang von rund 20 Milliarden Euro vor allem im Sozial- und Familienministerium wird kaum widersprochen; die GRÜNEN räumen eine Position nach der anderen. Und DIE LINKE? Die starrt gebannt darauf, ob sie es macht oder nicht, so jedenfalls der Eindruck, den viele Bürger:innen zurzeit haben, ja, gewinnen müssen. Und dann noch zwei sich gegenseitig abgrenzende Friedens-

kundgebungen am Ostermontag und ebenfalls zwei getrennte Open-Air-Veranstaltungen anlässlich des Befreiungstages am 8. Mai. Die Welt wird unübersichtlicher. Auch für uns.

Bleiben vorerst also eher die Mühen der Ebene und ein wenig das Gefühl, jetzt die Zähne zusammenzubeißen. Gibt ja auch einiges zu knabbern. Eine aberwitzige U-Bahn-Planung, von der schon jetzt klar ist, dass sie teurer denn je kommt und die Klimabelastungen in den kommenden Jahren erst einmal erhöhen wird. Der »plötzlich« auftauchende Mangel an Lehrkräften, überhaupt, tausende unbesetzte Stellen im Öffentlichen Dienst. Eine Stadtentwicklungssenatorin, die – kaum im Amt – den Spagat wagt, die bundesweit angeblich so großartige hamburgische Wohnungspolitik zu loben und gleichzeitig eine nach der anderen Zielzahl bei den Baugenehmigungen und -fertigstellungen nach unten hin zu korrigieren.

Vielleicht ist es eine gute Zeit dafür, neben dem (politischen) Arbeitsalltag auch ein bisschen Inspiration einzuholen, Anregungen, die über das Klein-Klein hinausgehen und den Kopf frei machen für neue Ideen und Konzepte. Die Welt hats nötig, und wir als LINKE täten sicher auch gut daran. Alleine die bereits angelaufene, umfängliche Reihe »Hamburg liest verbrannte Bücher« (noch bis zum 10. Juni) und der »Hamburger Architektur Sommer« (bis Ende Juli) mit insgesamt mehreren hundert Veranstaltungen bieten dafür allerhand Möglichkeiten.

Eins können wir sicher sagen: Geschichte wird gemacht. Und auf jeden Fall mit uns, soll sich also niemand von der anderen Seite falsche Hoffnungen machen. 15 Jahre ist DIE LINKE nun schon in der Hamburgischen Bürgerschaft vertreten. Wir arbeiten an der Verlängerung! Für einen Eindruck sorgt ein soeben ins Netz gestellter, knapp vierminütiger Spot, den es unter [www.youtube.com/watch?v=80cJzfh4uUE](https://www.youtube.com/watch?v=80cJzfh4uUE) gibt.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann  
Michael Joho und Hanno Plass



## Mitreden wirklich erwünscht? Gigantische Baumaßnahmen um den Hauptbahnhof

Nicht nur das Wort »Verbindungsbahntlastungstunnel« ist ein Ungetüm, sondern auch die damit zusammenhängenden Baumaßnahmen. So soll ein zusätzlicher Tunnel rund um den Hauptbahnhof gebuddelt werden, der u. a. zu einer jahrelangen Schließung des Museums für Kunst und Gewerbe sowie des Ohnsorg-Theaters führen wird.

Die Deutsche Bahn (DB) und der Senat wollen über die geplanten Maßnahmen und die verschiedenen Varianten für den Verbindungsbahntlastungstunnel unterrichten und fordern auf »Reden Sie mit«. Gerne! Die ersten beiden Veranstaltungen in Eimsbüttel und Altona fanden allerdings quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, da es keine Bewerbung über Plakate, Anzeigen oder Hinweise in den Tageszeitungen gab.

Am **Mittwoch, den 24. Mai**, findet um **18.30 Uhr** im **Museum für Kunst und Gewerbe (Steintorplatz)** die **Informationsveranstaltung** für Hamburg-Mitte statt.

**Lasst die DB nicht alleine!**<sup>1</sup>

<sup>1</sup> [www.mehr-bahn-fuer-hamburg.de/news-reader/reden-sie-mit-oeffentliche-dialogveranstaltungen-zum-neuen-s-bahn-tunnel-im-april-und-mai-2023.html](http://www.mehr-bahn-fuer-hamburg.de/news-reader/reden-sie-mit-oeffentliche-dialogveranstaltungen-zum-neuen-s-bahn-tunnel-im-april-und-mai-2023.html).

# Schulabsentismus/Schulschwänzen: Dunkelziffer hoch – Behörde reagiert mit Repression

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Seit Jahren ist die Dunkelziffer von schulabsentenden Schüler:innen in Hamburg hoch.<sup>1</sup> Die Schulbehörde unterhält in Zusammenarbeit mit verschiedenen Stiftungen seit 2019 das Programm »Jeder Schultag zählt« an vier Hamburger Grundschulen. Ein Effekt oder gar ein Erfolg des Programms ist nicht belegt. Die Zahlen, mit denen die Schulbehörde plant, sind im aktuellen Doppelhaushalt hinterlegt. Dort geht die Schulbehörde von weniger als 300 Schüler:innen aus, die seit 2021 jährlich langfristig dem Schulunterricht fernbleiben; diese absenten Schüler:innen sollen in ihrer überwiegenden Mehrheit wieder in eine Schule integriert werden. Bei einer Zahl von insgesamt über 126.000 Schüler:innen ist diese Zahl verschwindend gering. Kein Grund zur Sorge, wenn man den Plänen der Behörde glaubt.

Doch die Wirklichkeit ist schonungsloser als die Wunschträume der Behörde. Und die Behörde ist schonungsloser als die pädagogisch orientierten Konzepte wie »Jeder Schultag zählt« suggerieren (zumal dieses Programm nur eine zusätzliche Maßnahme an wenigen Schulen ist). Unsere aktuelle Kleine Anfrage zum Schulabsentismus<sup>2</sup> zeigt: Allein in den letzten drei Jahren, die wesentlich von der Coronapandemie und den Schulschließungen dominiert gewesen sind, hat die Behörde 1.226 (2020), 1.464 (2021) bzw. 1.112 (2022) Bußgeldbescheide für »anhaltende Schulpflichtverletzung« versendet. Über 287.000 Euro wurden gefordert. Damit nicht genug, 104-mal wurden Jugendliche seit 2019 sogar bis zu einer Woche in den Jugendarrest gesteckt. Auffällig ist, dass die behördlichen Maßnahmen in armen Stadtteilen wie Billstedt, Harburg, Neuallermöhe und Wilhelmsburg deutlich häufiger vorkommen als anderswo – mehrheitlich an Schulen mit dem niedrigen Sozialindex 1 bis 3.

Es ist deutlich, dass sich auch hier die soziale gesellschaftliche Spaltung in der Schule niederschlägt. Und wir sehen, dass die behördlichen Maßnahmen vollkommen unzulänglich sind, um den Problemen, die zu Schulabsentismus führen, zu begegnen. Von denen hat das Programm »Jeder Schultag zählt« drei wesentliche Gründe angeführt: Vermeidung des Schulbesuchs zugunsten einer angenehmeren Tätigkeit; Vermeidung aufgrund von Angstverhalten durch z. B. Mobbing-erfahrungen und das Zurückhalten durch Eltern.<sup>3</sup> »Jeder Schultag zählt« schlägt auch neun Schritte vor, um gegen Absentismus vorzugehen – Strafe, Bußgelder, Arrest sind keine der vorgeschlagenen Mittel. Vielmehr setzt »Jeder Schultag



Foto: Pixabay

zählt« im Kern auf die Förderung einer Bindung der Schüler:innen an ihre Schule, die ein gutes Schulklima und positive Räumlichkeiten sowie positive Beziehungen schaffen muss. Dazu gehört auch die Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen der Schüler:innen.<sup>4</sup> Aber ebenso gehört die emotional-soziale Kompetenz der individuellen Lehrkraft dazu, genauso wie ein entsprechendes Arbeitsumfeld. Die Schulbehörde könnte Bedingungen an allen Schulen schaffen, um Schulabsentismus nachhaltig entgegenzuwirken und im Sinne einer gelingenden Bildungsbiografie der Schüler:innen wirken. Leider verfügt sie aber weder über belastbares Datenmaterial (Fälle von Absentismus an Stadtteilschulen werden nicht der Behörde gemeldet, sondern den Beratungsdiensten der einzelnen Schulen und werden »nicht an die zuständige Behörde weitergegeben«)<sup>5</sup> noch über ein nötiges Sensorium, um die widrigen und abstoßenden Verhältnisse in Schulen, die zu Absentismus führen, zu erkennen. Denn die Machtungleichheit zwischen Lehrkräften und Schüler:innen, die zu Mobbing und abwertender Behandlung führen kann, wenn sie nicht stets reflektiert und ihr entgegengewirkt wird, kennt die Schulbehörde nicht. So behauptet sie in einer unserer Anfragen zum Thema Mobbing in Schulen.<sup>6</sup> Im Zuge dessen hatte die Linksfraktion schon in der letzten Legislatur eine unabhängige Beschwerdestelle für Schüler:innen gefordert – abgelehnt von Rot-Grün.<sup>7</sup> Auf diesem Weg lässt sich die Abstimmung der Schüler:innen über das Hamburger Schulsystem mit ihren Füßen kaum umkehren. Die Schulbehörde hat noch einige fundamentale Lernerfolge aus ihrem eigenen Material – wie »Jeder Schultag zählt« – zu ziehen.

<sup>1</sup> DIE LINKE, Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft | Bildung Pressemeldungen Sabine Boeddinghaus Schule und Berufsbildung | Schulabsentismus: Steigende Zahlen, hohe Dunkelziffer (linksfraktion-hamburg.de) (2019).

<sup>2</sup> Drs. 22/11330, wie geht es hamburgs\_schuelerinnen\_und\_schuelern\_hier\_schulabsentismus.pdf (buergerschaft-hh.de).

<sup>3</sup> Forschungsprojekt: Jeder Schultag zählt – Joachim Herz Stiftung (joachim-herz-stiftung.de).

<sup>4</sup> So alles in der Vorstellung von »Jeder Schultag zählt« auf der Website der Joachim-Herz-Stiftung.

<sup>5</sup> Drs. 22/11330, S. 3.

<sup>6</sup> Drs. 21/14809, Microsoft Word - 14809ska (buergerschaft-hh.de).

<sup>7</sup> Drs. 21/15857, Microsoft Word - 15857a (buergerschaft-hh.de).

## Was uns die Privatisierung von Tafelsilber gekostet hat

Angesichts des jüngst erfolgten Rückkaufs des Rathauses Wandsbek und des Gebäudes der Finanzbehörde am Gänsemarkt durch die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) machen wir mal beispielhaft folgende Rechnung auf:

- 2006 verkaufte der CDU-Senat im Rahmen seiner »PRIMO«-Offensive zur Verscherbelung öffentlichen Eigentums das Wandsbeker Rathaus für schlappe 11 Millionen Euro.
  - Von 2006 bis 2023 zahlte die Stadt für das weiterhin vom Bezirksamt genutzte Gebäude eine jährliche Miete von 1,17 Millionen Euro. Das wären alleine für die Jahre 2007 bis 2022 rund 18 Millionen Euro Miete
  - 2023 erfolgt nun der Rückkauf für 25 Millionen Euro.
- Anschaulicher lässt sich der Verkauf von Tafelsilber oder besser: von Filetgrundstücken kaum darlegen.

Nehmen wir hier die Pressemitteilung der Linksfraktion vom 26. April auf, in der dieser Vorgang kritisch kommentiert wird:

### Gebäude-Rückkauf: Privatisierungsorgie muss aufgearbeitet werden

Hamburgs Senat plant den Rückkauf ehemals privatisierter städtischer Gebäude. Ein überfälliger Schritt, meint **Norbert Hackbusch**, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Mit dem Rückkauf korrigiert Hamburg den beispiellosen Ausverkauf von Teilen der Stadt durch die CDU. Der Primo-Deal war auf Jahre hinaus die Lizenz zum Plündern der Stadtkasse Hamburg. Seine Aus-

wirkungen sehen wir bis heute. Die Stadt wurde ausgenommen wie ein Elbstint.«

Der Verlust für unsere Stadt sei noch viel höher als es der erste Blick auf die nackten Verkaufszahlen zeigt, rechnet **Hackbusch** vor. »Dazu gehört auch, dass in all den Jahren Miete bezahlt wurde. Die Verkaufserlöse waren damit ohnehin weg. In der Zwischenzeit wurde aber auch noch weniger saniert und instandgesetzt als bei vergleichbaren Gebäuden. Ein kräftiger Sanierungsstau ist entstanden.«

Der Schaden, der durch die Privatisierung-Orgie ange richtet worden sei, müsse aufgearbeitet werden, meint **Hackbusch**. Dazu gehöre auch, die Profiteure dieser Politik zu benennen: »Zu ihnen gehört Alexander Stuhlmann, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der HSH-Nordbank. Oder Christian Olearius von der Warburg-Bank, bekannt aus Funk und Fernsehen für seine Cum-ex-Geschäfte. Beide wurden mit enger Verbindung zur Stadt Mitglieder des Aufsichtsrates der Käuferin Alstria und legten persönlich Gesellschaften mit Primo-Objekten auf.«

Dass sich auch die Grünen jetzt als Bollwerk gegen die Privatisierung aufspielten, werde der historischen Wahrheit nicht gerecht. »Anstatt sich mit aller Macht gegen die Ausplünderung der Stadt zu sperren, haben auch die Grünen die Privatisierungen damals zum Teil stillschweigend, zum Teil sogar lautstark begrüßt und mitgetragen, auch um die darauf folgende Koalition mit der CDU vorzubereiten«, sagt **Hackbusch**.

## Aufholen nach Corona: Schulbehörde verlängert Maßnahmen aus Landesmitteln Wer, wie, was soll eigentlich aufgeholt werden?

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Am 4. Mai hat Schulsenator Ties Rabe auf einer Pressekonferenz verkündet, dass das Land Hamburg wesentliche Elemente des Bundesprogramms »Aufholen nach Corona« für zweieinhalb Jahre verlängern werde.<sup>1</sup> Dass Landesmittel bereitgestellt werden, um die Coronafolgen in den Schulen aufzufangen, war eine zentrale Forderung der Linksfraktion zum letzten Doppelhaushalt 2023/24.<sup>2</sup>

Die Schulbehörde hat sich entschieden, die sogenannten Lernferien zu verlängern, das Programm »Anschluss« fortzuschreiben und das Programm D23+ weiter zu finanzieren. Hinzu kommen 20 zusätzliche Psycholog:innen an den Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ), Beratungsdienste an den Hamburger Gymnasien sowie schulspe-

zifische »Beratungs- oder Entspannungsangebote«. Die Schulbehörde sieht in der Weiterbewilligung der Maßnahmen und der Finanzierung aus eigener Tasche – acht Millionen Euro auf zweieinhalb Jahre – ihren Beitrag zur Behebung der Coronafolgen. Dann, 2025 sollen die Lernrückstände beseitigt sein. Über die Dauer der psychosozialen Belastungen wagte der Schulsenator auf der Pressekonferenz am 4. Mai keine Prognose. Aus Sicht des Senators soll es sich bei den Landesmaßnahmen um eine »Überbrückungsmaßnahme« handeln. Es ist erfreulich, dass der Senat sich entschieden hat, zusätzliche Mittel zur Bearbeitung der Coronafolgen in den Schulen aufzubringen. Wahrscheinlich ist es weniger unsere Forderung zum Haushalt gewesen, als die Wirklichkeit in den Schulen, die ihn zum Handeln drängte.

Doch leider greifen die Maßnahmen in ihrer Konzeption zu kurz. Denn zum Ersten sind es exklusive Maßnahmen, die

<sup>1</sup> Bundesprogramm »Aufholen nach Corona« - hamburg.de.

<sup>2</sup> Drs. 22/10267, Microsoft Word - 10267a.docx (buergerschaft-hh.de).

außerhalb der Schule oder jenseits des normalen Unterrichtsgeschehens stattfinden. Das »Anschluss«-Programm konnten wir in seiner Konzeption nur loben und hatten bei Einführung auch gefordert, dass es inhaltlicher Kern des Bildungswesens in Hamburg werden solle.<sup>3</sup> Bei den Lernferien hingegen sind Erfolge nicht nachgewiesen.<sup>4</sup> Auch die Aufstockung des D23+-Programms, von dem nun zumindest kurzzeitig 40 Schulen in Hamburg profitieren könnten, ist nur ein zusätzlicher Feuerlöscher in den Schulen, aber bei Weitem nicht ausreichend.

Die mögliche Entspannung, die durch Sondermittel zeitweise in den Schulen möglich sein könnte, ist nicht gegeben. Es fehlt vollkommen ein inklusives Konzept, das es den Schulen ermöglicht, dauerhaft den Druck von den Schüler:innen

<sup>3</sup> DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft | Corona Pressemeldungen Pressemitteilungen Corona Sabine Boeddinghaus Schule und Berufsbildung | Neues Lernförderprogramm: »Anschluss«-Konzept muss Kern des Hamburger Schulwesens werden! (linksfraktion-hamburg.de).

<sup>4</sup> DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft | Bildung Pressemeldungen Sabine Boeddinghaus Schule und Berufsbildung | Der Senator und die Lernferien. Qualität und Quantität: wieder ein Flop? (linksfraktion-hamburg.de).

nen zu nehmen und ihnen den Raum zu bieten, die Einbrüche durch Corona zu verarbeiten. Schule müsste als sozialer Ort begriffen werden, Bildung als weitaus mehr als das Abarbeiten der Bildungspläne und Klausuren. Damit, und vor allem mit einer wirklichen zeitlichen Perspektive, wäre etwas gewonnen. Nach zweieinhalb Jahren wird dann mit dem gerade aus der Traufe gehobenem Bundesprogramm »Startchancen« nachgeholfen – will mensch meinen. Doch die kleine Bildungsmilliarde des Bundes, zu der die Länder noch Eigenmittel beisteuern sollen, werden in ein strukturell ungleiches Bildungssystem geschossen. Dass sich an der seit über 20 Jahren öffentlich bekannten Koppelung von Herkunft und Bildungserfolg etwas rütteln lässt, ist zu bezweifeln: Ein segregiertes Schulsystem, sei es mehr- oder nur (wie in Hamburg, Bremen und Berlin) zweisäulig, wird an der Bildungsgerechtigkeit kaum etwas zu ändern vermögen. Dafür braucht es größere Anstrengungen: ein inklusives und gerechtes Bildungssystem nämlich. In einem anderen, auf Integration, Inklusion und Individualität ausgerichteten Bildungswesen, würden die Möglichkeiten, die Coronafolgen zu bearbeiten, weitaus mehr gegeben sein als unter jetzigen Bedingungen.



Foto: Pixabay

# Kostenexplosion bei der U5 um 60 Prozent – Senat steht erneut dumm da

Von Heike Sudmann

Einem Bericht des »Hamburger Abendblatts« (online) vom 21. April zufolge steigen die Kosten der nur 5,8 Kilometer langen Strecke der U5-Ost um mehr als 60 Prozent von rund 1,8 Mrd. Euro auf 2,9 Mrd. Euro.<sup>1</sup> Verkehrssenator Tjarks wird mit den Worten zitiert, die U5 sei solide geplant, Finanzsenator Dressel rühmt sich einer vorausschauenden Finanzpolitik und meint, der Senat sei gut gestellt.

Kein Wunder, dass der Senat seit Monaten nicht mit der aktuellen Kostenschätzung für die U5-Ost rausrückt. 60 Prozent mehr Kosten für eine U-Bahn, die zu wenig Fahrgäste zwischen Bramfeld und City-Nord aufweist und deren Klimabilanz im Bau verheerend ist, lassen sich schlecht verkaufen. Ganz zu schweigen von den noch nicht bezifferten Zusatzkosten für »grünen« Beton und »grünen« Stahl. Der Nutzen-Kosten-Faktor der U5-Ost liegt unter 1, weshalb der Bund für diesen Streckenabschnitt keine Zuschüsse gewährt. Der Senat hofft, mit der gesamten U5 einen Faktor größer als 1 und damit einen bis zu 75-prozentigen Zuschuss des Bundes zu erreichen. Doch das Prinzip Hoffnung ist keine vorausschauende Finanzpolitik, sondern ein untragbares Risiko. Bei einer soliden Planung hätte der Senat Alternativen zum U-Bahn-Bau ge-

<sup>1</sup> [www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article238200853/Kostenexplosion-U5-Ost-wird-1-1-Milliarden-Euro-teurer.html](http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article238200853/Kostenexplosion-U5-Ost-wird-1-1-Milliarden-Euro-teurer.html).

## EINE STRASSENBAHN FÜR HAMBURG

Schnell, günstig, bequem – gleich umsteigen!

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft



prüft. Nun steht er dumm da. Wann, wenn nicht jetzt, kommt endlich die Einsicht, dass eine Straßenbahn um ein Zifaches günstiger ist, mehr neue Fahrgäste erreicht, schneller fertig und besser für das Klima ist?

Auch wenn die ZEIT ONLINE am 2. Mai sarkastisch kommentierte, je teurer die U5 wird, desto unwahrscheinlicher wird ihr Scheitern,<sup>2</sup> gehören wir weiterhin zu denen, die überzeugt sind, der Bau der geplanten U5-Bahnlinie lässt sich noch verhindern. Aus klimapolitischen, aus finanziellen und benutzer:innenorientierten Gründen.

<sup>2</sup> [www.zeit.de/2023/18/u-bahn-linie-5-bau-kosten-explosion-inflation](http://www.zeit.de/2023/18/u-bahn-linie-5-bau-kosten-explosion-inflation).

# »Mietpreisentwicklung kennt nur eine Richtung«

Von Michael Joho

Mit dieser Überschrift leitete der Mieterverein zu Hamburg am 24. April seine Pressemitteilung über die Ergebnisse der diesjährigen »Ohmoor-Studie« ein.<sup>1</sup> Und er hat damit ganz recht, denn erneut sind die Mieten gegenüber dem Vergleichszeitraum Anfang 2022 um 3,6 Prozent gestiegen. Lag der Wert vor einem Jahr noch bei 14,25 Euro pro Quadratmeter netto-kalt, ist er bis Anfang 2023 auf 14,75 Euro gestiegen.

Die »Ohmoor-Studie« ist inzwischen ein eigenes Markenzeichen, wird sie doch seit 1986 alljährlich von Schüler:innen des jeweiligen Geografie-Wahlkurses unter Leitung des Lehrers Carl-Jürgen Bautsch und zuletzt auch seines Kollegen Christopher Gnann erarbeitet. Forschendes Lernen, wie es im Buche steht also. Für die jetzt vorgelegte Studie wurden insgesamt ca. 8.000 Wohnungsinserate ausgewertet, die im Zeitraum Januar und Februar 2023 angefallen sind. Die Vermieter:innenseite und auch die Stadtentwicklungsbehörde

<sup>1</sup> [www.mieterverein-hamburg.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilung/wohnungsmarktstudie-des-gymnasiums-ohmoor-2023/index.html](http://www.mieterverein-hamburg.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilung/wohnungsmarktstudie-des-gymnasiums-ohmoor-2023/index.html).

verweisen angesichts der Ergebnisse ebenfalls einmal im Jahr gerne darauf, dass diese Studie gar nicht repräsentativ sei, weil die Wohnungsgenossenschaften und die SAGA mit ihren günstigeren Angeboten ja meist andere Wege der Bewerbung gehen würden. Das mag ja zutreffen, aber ebenso nachdrücklich sollte dann auch darauf hingewiesen werden, dass der durchschnittliche Angebotsmietpreis mit 14,75 Euro um sage und schreibe 59 Prozent über der Durchschnittsmiete laut Mietenspiegel liegt – der beträgt nämlich »nur« 9,29 Euro je Quadratmeter. Das ist die Realität für zehntausende Haushalte auf dem Wohnungsmarkt. Rolf Bosse, der Vorsitzende des Mietervereins, weist deswegen auch zutreffend darauf hin, dass die seit 2015 gültige, sogenannte Mietpreisbremse kaum Wirkung zeige, da sie ja allenfalls eine Überschreitung der Neuvertragsmieten von maximal 10 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete erlaube.

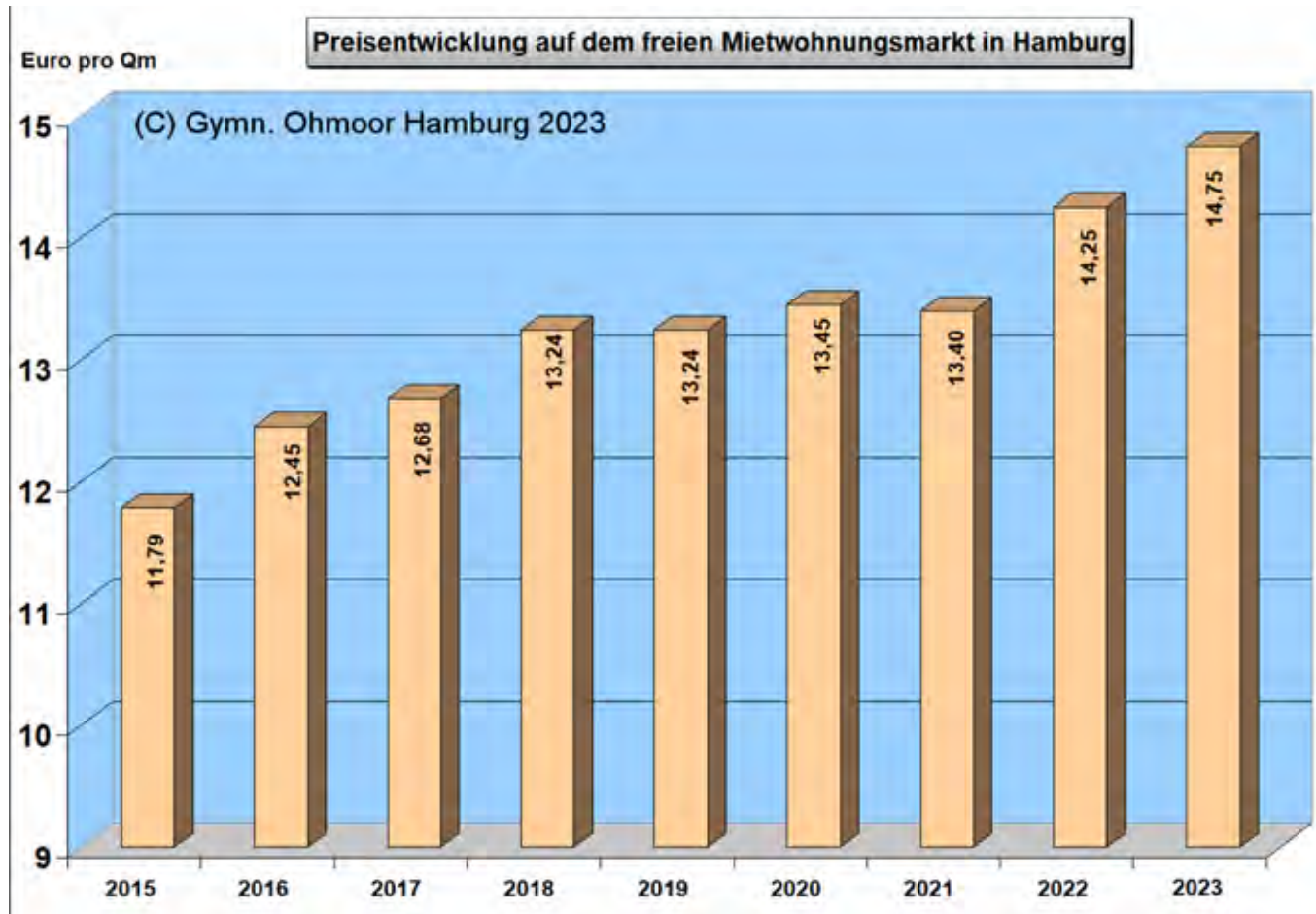
Schon etwas skurril wirkt es, wenn Ulf Schelenz, der Geschäftsführer des Grundeigentümergeverbandes Hamburg, davon »überrascht« ist, »dass der Mietpreisanstieg so moderat

ausfällt«. Und auch das »Hamburger Abendblatt« titelte am 25. April »Mieten in Hamburg steigen langsamer«.<sup>2</sup> 3,6 Prozent mehr innerhalb eines Jahres sei moderat, also alles nicht so schlimm? Ja, hallo? Die Durchschnittsmieten sind in Hamburg in den vergangenen Jahren derart stark emporgeklettert – laut Mietenspiegel zwischen 2019 und 2021 alleine um 7,9 Prozent –, dass sie für einen sukzessiven Anstieg der Mietbelastungsquote gesorgt haben. Anders formuliert,

<sup>2</sup> [www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article238223407/Studie-Mieten-in-Hamburg-steigen-langsamer.html](http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article238223407/Studie-Mieten-in-Hamburg-steigen-langsamer.html).

die Menschen geben aufgrund der seit Langem anhaltenden Mietenexplosion einen sukzessive wachsenden Anteil ihres Haushaltseinkommens für das Wohnen aus, vor allem diejenigen, die weniger Geld im Portemonnaie haben. Die *durchschnittliche* Mietbelastungsquote lag in Hamburg im vergangenen Jahr laut Statistischem Bundesamt mittlerweile bei 30,1 Prozent (in ganz Deutschland bei 27,8 Prozent).<sup>3</sup>

<sup>3</sup> [www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/\\_Grafik/\\_Interaktiv/mietbelastung.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/_Grafik/_Interaktiv/mietbelastung.html).



Die Grafik der Ohmoor-Studie belegt die Mietpreisexposition innerhalb der letzten acht Jahre um rund 3,- Euro pro Quadratmeter

Auch andere Lebenshaltungsfaktoren legen nahe, dass immer mehr Haushalte am Rande ihrer finanziellen Möglichkeiten sind. Das Statistische Bundesamt teilte kürzlich mit, dass die Nominallöhne in Deutschland in 2022 um lediglich 2,6 Prozent gestiegen, dagegen aber die Verbraucherpreise um satte 6,9 Prozent explodiert seien. Die Reallöhne sind nach dieser Quelle damit im vergangenen Jahr um 4,0 Prozent gesunken, nachdem sie sich bereits in den beiden Vorjahren rückläufig entwickelt hatten.<sup>1</sup>

Irgendwann sind immer mehr Haushalte schlicht nicht mehr in der Lage, die exorbitant gestiegene Miete zu zah-

<sup>1</sup> [www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/\\_inhalt.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/_inhalt.html).

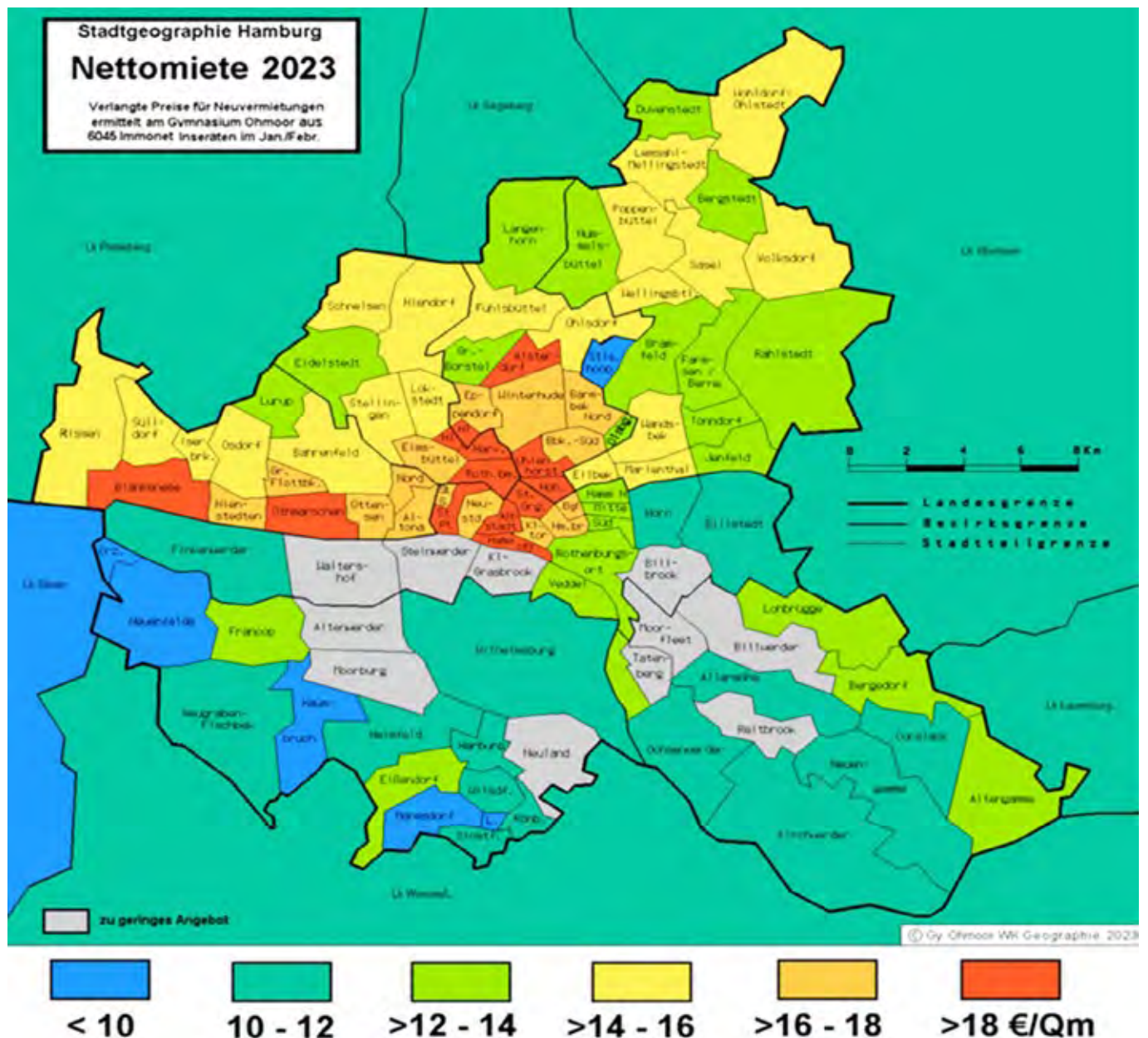
len. Von wegen moderater Mietpreisanstieg. Eigentlich wäre schon längst ein Mietenstopp angesagt und bei den überhöhten Mieten sogar eine Mietensenkung. Doch das kommt dem Haus- und Grundeigentümerversand selbstredend nicht in den Sinn.

Die Ohmoor-Schüler:innen haben aber noch andere, interessante Erkenntnisse zutage gefördert. Das gilt insbesondere für das Verhältnis der Mieten in der Stadt und im Umland. In durchaus spürbaren Schritten nehmen die Preise rund um Hamburg zu, sicherlich vor allem auch deswegen, weil in der jüngeren Vergangenheit wieder eine Tendenz festzustellen ist, dass Menschen verstärkt »aufs Land rausziehen«, das Wohnungsangebot also stärker nachgefragt und daher teurer wird.

Aus der Presseerklärung von Christopher Gnann, Carl-Jürgen Bautsch und den beteiligten Schüler:innen des Wahlkurses Geografie im Ohmoor-Gymnasium vom 24. April 2023

**Bei genauerer Betrachtung ist uns Folgendes aufgefallen:**

- 1 Wir haben für dieses Frühjahr eine durchschnittliche Kaltmiete von 14,75 Euro pro Quadratmeter für Hamburg festgestellt. Das ist nach 14,25 €/m<sup>2</sup> im Vorjahr eine Steigerung von 3,6%.
- 2 In den sechs Umlandkreisen gibt es einen noch deutlicheren Anstieg von 4,3%.
- 3 Hamburg war vor 10 Jahren um die Hälfte teurer als das Umland, jetzt nur noch ein Drittel. Der Vorteil des Wohnens außerhalb in den Randkreisen wird weniger.
- 4 Das Umland liegt im Mittel auch über 10 €/m<sup>2</sup>, Ausnahme: LK Stade.
- 5 Spitzenreiter bei den Mieten beim Mittelwert aus 61 Wohnungen war mit 24,09 €/m<sup>2</sup> mal wieder die HafenCity.
- 6 Stadtteile unter 10 €/m<sup>2</sup> im Schnitt gibt es nur noch vier, einen davon - Steilshoop - nördlich der Elbe.
- 7 Eine Stagnation der Mieten ist z. B. in Wilhelmsburg und Steilshoop zu erkennen.





Die genaue Analyse der Datensätze veranschaulicht einmal mehr, dass die Betrachtung *durchschnittlicher* Werte zwar ihren Sinn hat, aber über die realen Verhältnisse im Detail – in diesem Fall der verschiedenen Quartiere – nur bedingt Aussagekraft hat. Der Blick auf die Karte mit den unterschiedlich farbig hervorgehobenen Höhen der Angebotsmieten

in den einzelnen Stadtteilen unterstreicht dies. Es gibt eine Reihe von Stadtteilen, vor allem im Zentrum und nördlich der Elbe, in denen mehr als 18 Euro pro Quadratmeter verlangt werden, andererseits vor allem im Süden und Südosten Hamburgs durchschnittliche Neuvermietungs-Nettomieten von maximal 12 Euro.

Am *teuersten* waren die Netto-Kalt-Angebotsmieten über 18,00 Euro im Januar/Februar 2023, laut einer nicht im Netz zu findenden Ohmoor-Liste, in diesen Stadtteilen:

HafenCity	24,09 Euro
Harvestehude	19,78 Euro
Rotherbaum	19,16 Euro
Othmarschen	19,10 Euro
Hohenfelde	19,09 Euro
Uhlenhorst	18,67 Euro
Altstadt	18,55 Euro
Alsterdorf	18,21 Euro
St. Georg	18,20 Euro
St. Pauli	18,19 Euro
Hoheluft	18,11 Euro
Blankenese	18,05 Euro

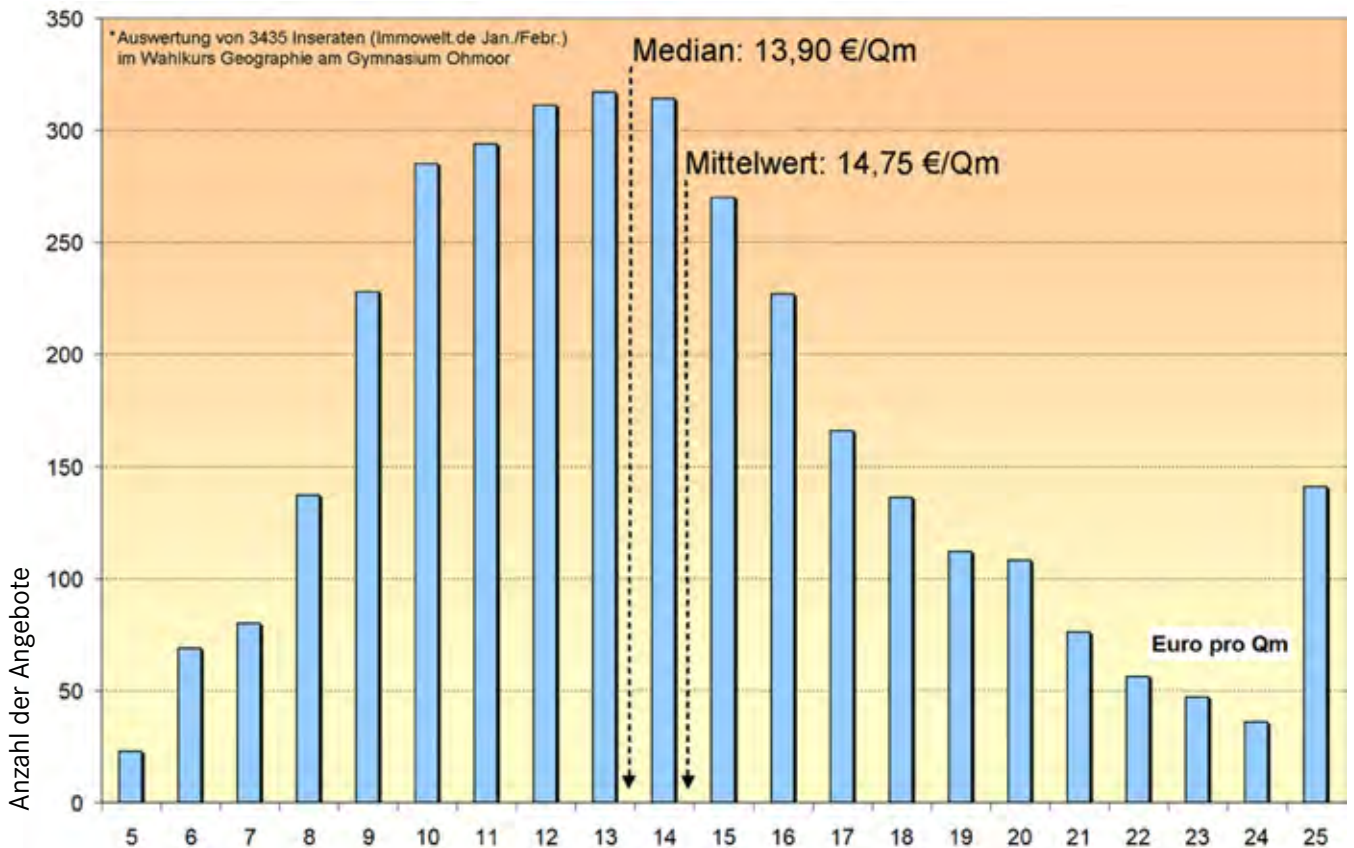
Unter *10,00 Euro* pro Quadratmeter lagen danach nur noch diese Stadtteile:

Steilshoop	8,45 Euro
Langenbek	8,69 Euro
Neuenfelde	9,08 Euro
Moorburg-Altenwerder	9,17 Euro
Neuland	9,44 Euro
Cranz	9,67 Euro
Hausbruch	9,73 Euro
Marmstorf	9,97 Euro

Wie wenig günstige Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt überhaupt noch angeboten werden, veranschaulicht auch die letzte Grafik. Diese Zahlen belegen, dass von einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, von moderaten Preisen, von einem er-

folgreichen Wohnungsbau, einer wirksamen Mietpreisbremse usw. überhaupt keine Rede sein kann. Gespannt können wir auf den neuen, im November 2023 zu erwartenden Mietenspiegel sein. Zu Optimismus ist leider kein Anlass gegeben.

**Grafik: Angebotsverteilung Nettomiete pro m² Hamburg 2023**



Alle hier aufgenommenen und noch weitere Grafiken zur Ohmoor-Studie 2023 finden sich auf der Website der Schule unter <https://gymnasium-ohmoor.hamburg.de/2023/04/24/studie-2023-mieten-in-hamburg/>.

## Tipps und Termine

**Ressourcen für das Jahr verbraucht**, mit dieser knappen, eigentlich zutiefst erschütternden Botschaft hat die taz am 4. Mai vermeldet, dass der sogenannte **Erdüberlastungstag** an eben diesem Tag erreicht sei, so früh wie niemals zuvor (<https://taz.de/Erdueberlastungstag-immer-frueher/!5932309/>). Die Aussage bedeutet, dass bereits an diesem 4. Mai die für das Jahr 2023 verfügbaren natürlichen Ressourcen verbraucht wären, wenn alle Menschen so leben würden wie wir in Deutschland. Auf's Jahr gerechnet wären also fast »drei Erden nötig, wenn alle Länder pro Einwohner(in) so viele Naturgüter verbrauchten und Emissionen produzierten wie die Bundesrepublik, teilte die Umweltorganisation Germanwatch mit«.

Und dann diese Absurdität, eine Agentur-Meldung vom 24. April: »Friedensforscher: **Neuer Höchststand bei weltweiten Militärausgaben**. Stockholm (dpa). Die weltweiten Militärausgaben haben im Jahr des russischen Einmarsches in die Ukraine einen neuen Höchststand erreicht. Sie stiegen 2022 um inflationsbereinigte 3,7 Prozent auf 2,24 Billionen Dollar (**rund 2,04 Billionen Euro**) an, teilte das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri mit. Klarer Spitzenreiter bei den Ausgaben bleiben die USA, gefolgt von China und Russland, das kriegsbedingt von Platz fünf auf Rang drei sprang. Die Ukraine verzeichnete einen Anstieg um 640 Prozent. Deutschland bleibt nach einer Zunahme um 2,3 Prozent Siebter.« Die MOPO kommentiert den Sipri-Bericht mit den treffenden Worten »Die Welt rüstet auf, als gäbe es kein Morgen«.

Ist es nicht beruhigend zu wissen, dass bezogen auf die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen **in Hamburg die meisten Einkommensmillionär:innen in Deutschland** wohnen? Hier lagen laut Statistischem Bundesamt bzw. NDR-Meldung vom 8. Mai im Jahre 2019 12 von 10.000 unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen bei Jahreseinkünften über einer Million Euro. In Bayern waren es 9 von 10.000, in Sachsen-Anhalt und Thüringen weniger als 2. Die Zahl der Einkommensmillionär:innen hat laut jetzt veröffentlichter Daten der Lohn- und Einkommensteuerstatistik in der jüngeren Vergangenheit deutlich zugenommen: von knapp 14.670 (2010) über 26.200 (2018) auf gut 27.400 (2019). Der NDR erinnerte auch noch einmal daran, dass laut Bundesbank-Angaben die **reichsten 10 Prozent der Haushal-**

**te über 56 Prozent des gesamten Nettovermögens abzüglich Schulden verfügen**; andererseits muss sich die **untere Hälfte der Haushalte mit satten 3 Prozent begnügen** ([www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Neue-Statistik-Groesste-Millionaersdichte-in-Hamburg,millionaere188.html](http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Neue-Statistik-Groesste-Millionaersdichte-in-Hamburg,millionaere188.html)). Beruhigend ist das insofern, da offensichtlich genügend Geld vorhanden ist und wir einmal mehr wissen, von wo es umverteilt werden muss.

In diesem Zusammenhang meldete *der Freitag* am 26. Januar, dass es »für die Ungleichheit in Deutschland (...) vor allem einen Grund (gibt): Erbschaften. **400 Milliarden Euro werden pro Jahr an die nächste Generation gegeben**. Die meisten erhalten nichts.« ([www.freitag.de/autoren/martyna-berenika-linartas/krasse-ungleichheit-durch-erbschaften-die-deutsche-spermalotterie](http://www.freitag.de/autoren/martyna-berenika-linartas/krasse-ungleichheit-durch-erbschaften-die-deutsche-spermalotterie)). Die »deutsche Spermalotterie« macht's möglich, wie *der Freitag* titelt, »Deutschlands gefährlichste Clans sind die Reichen«.

Und auch hier passt noch eine weitere Botschaft hin: Am 12. Mai hatte **DIE LINKE im Bundestag** übrigens einen **Antrag** eingebracht, um Mieter:innen einen **Wohnungstausch unter Beibehaltung der Vertragskonditionen beider zu tauschenden Wohnungen** rechtlich ermöglichen. Das würde Haushalten helfen, bedarfsgerechte Wohnungen zu finden, ohne erhöhte Neuvermietungsmieten zahlen zu müssen. Das wär's doch, gerade auch für ältere Menschen.

Wer sich allgemein für die Positionen der LINKEN interessiert, der/dem sei nicht zuletzt die **LINKS. Die Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag** empfohlen.



Der erst vor Kurzem erschienenen Frühjahrsnummer entnehmen wir exemplarisch die beiden folgenden Grafiken, eine Veranschaulichung der Explosion bei den Lebensmittelpreisen und den nicht im Entferntesten mithaltenden Reallöhnen im Jahre 2022.



www.linksfraktion.de/fileadmin/user\_upload/links-ausgabe-zwei-web.pdf

Während die Sonde »Juice« nach einem missglückten Startversuch nun doch gen Jupiter aufgebrochen ist, hat es auch mit dem hiesigen »Jupiter« im ehemaligen Karstadt-Sport-Gebäude eine gute Wende gegeben. Nach zeitweiliger Schließung geht es nun weiter. **Noch bis zum Jahresende** kann der gläserne Komplex am Anfang der Mönckebergstraße (Nr. 2–4) für **alternative Zwischennutzungen** gebucht werden. Die Stadt gibt dafür 4,3 Mio. Euro, sodass die rund 8.000 Quadratmeter von Künstler:innen aller Art zu sehr günstigen Bedingungen bespielt werden können. Damit bietet sich den Passant:innen bis auf Weiteres die Möglichkeit, »Deutschlands größte innerstädtische, kreativwirtschaftliche« Fläche kostenfrei zu besuchen. Die Räume sind montags bis sonntags von 10.00 bis 21.00 Uhr geöffnet, donnerstags und samstags sogar bis 24.00 Uhr.

Da passt gut dieser Hinweis. Nicht alle mögen ihn, und Comedy schon gar nicht, aber was **Jan Böhmermann** in seinem »ZDF Magazin Royale« am 14. April geboten hat, das lässt sich schon hören bzw. sehen. 20 Minuten parliert er über das **Bummeln zwischen Beton und Nagelbrettern** und leistet damit eine eingängige Kritik an der **Verödung der deutschen Innenstädte**. Es geht um Bausünden, Einheitsbeton und Kaufhausschlie-

Bungen, um mangelndes Grün, um menschenfeindliche Unterführungen und den miesen Umgang mit Obdachlosen. 20 Minuten Wortwitz und Gesellschaftskritik pur (hier verbirgt sich der Hyperlink zu YouToube).

Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS) macht sich auch Sorgen um die Städte. Im letzten Bürger:innenbrief haben wir die Studie »Wem gehört die Stadt?« empfohlen, jetzt machen wir auf einen anderen Text aufmerksam. Adriana Yee Meyberg und Anastasia Blinzov haben unter der Überschrift **»Die feministischen Städte« interessante Ansätze der sozial-ökologischen Transformation durch eine feministische Stadtpolitik** formuliert. Wir laden ein auf eine lesens- und sehenswerte »digitale Entdeckungsreise« unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de).



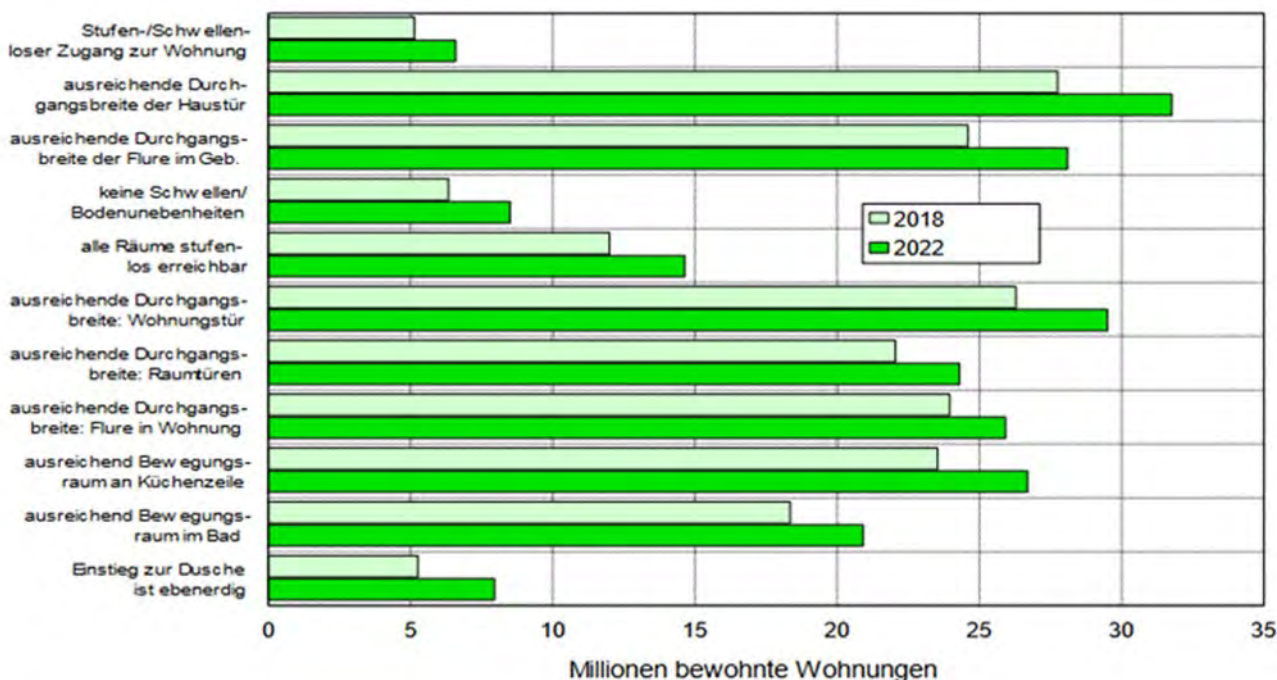
de/news/id/50030/die-feministischen-staedte. Tatsächlich handelt es sich erst um einen Zwischenbericht, mit den Ergebnissen ist im Sommer 2023 zu rechnen. Unter dem Link finden sich auch noch mehr Einträge zur **feministischen Wohnforschung**.

Deutschland rast mit 100 Sachen in die »Graue Wohnungsnot« der Babyboomer, so lautet der fast schon reißerische Titel eines Beitrags im BundesBaUblatt vom 18. April ([www.bundesbaublatt.de/news/pestel-institut-deutschland-rast-mit-100-sachen-in-die-graue-wohnungsnot-der-baby-boomer-3942452.html](http://www.bundesbaublatt.de/news/pestel-institut-deutschland-rast-mit-100-sachen-in-die-graue-wohnungsnot-der-baby-boomer-3942452.html)), in dem eine tags zuvor vorgestellte **neue Studie** ausgewertet wird. Es geht um eine neuerliche Erhebung des renommierten **Pestel-Instituts** zum Thema **Wohnen im Alter**. **Prognose zum Wohnungsmarkt und zur Renten-Situation der Babyboomer**. Die Ergebnisse der Untersuchung sind bedrückend – und ein politisches Armutszeugnis für die Verantwortlichen. Danach fehlen schon heute etwa 2,2 Millionen barrierearme und altersgerechte Wohnungen, nur 600.000 Senior:innenhaushalte

haben eine rollstuhl- oder rollatorgeeignete Wohnung. Noch dramatischer sieht es in der Zukunft aus, denn 2040 werden ca. 3,3 Millionen altersgerechte Wohnungen vonnöten sein, und es steht bei der gegenwärtigen Politik nicht zu erwarten, dass die überfälligen Konsequenzen – deutlich Verstärkung des sozialen und des senior:innengerechten Wohnungsbaus – gezogen werden. Caren Lay, die wohnungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE dazu: »Hier rächt sich eine untätige Wohnungspolitik und eine falsche Rentenpolitik«. Die Aussagen des Pestel-Instituts, den Kommentar von Caren Lay und den Link zur Studie selbst, all das gibt es hier: [www.tagesschau.de/inland/altersgerechte-wohnungen-fehlen-studie-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/altersgerechte-wohnungen-fehlen-studie-101.html).

Und auch hier passt noch eine weitere Botschaft hin: Am 12. Mai hatte **DIE LINKE im Bundestag** einen **Antrag** eingebracht, um Mieter:innen einen **Wohnungstausch unter Beibehaltung der Vertragskonditionen beider zu tauschenden Wohnungen** rechtlich ermöglichen. Das würde Haushalten helfen,

**Abbildung 14: Haushalte nach subjektiver Einschätzung von Aspekten der Barrierereduktion der Wohnung in Gebäuden mit Wohnraum 2018 und 2022**



Quelle: Mikrozensuszusatzserhebungen 2018 und 2022

Problemlagen in den Wohnungen im Vergleich zwischen 2018 und 2022 (Pestel-Studie S. 17)

bedarfsgerechte Wohnungen zu finden, ohne erhöhte Neuvermietungsmieten zahlen zu müssen.

Zwischen dem 25. November 2022 und dem 27. März 2023 sind in Hamburg **22 Obdachlose verstorben, acht von ihnen verstarben auf der Straße, 14 Personen ohne festen Wohnsitz in den Krankenhäusern**. Mitgeteilt hat das der Senat auf eine Kleine Anfrage von Stephanie Rose, sozialpolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE. Eine der erschreckenden Angaben: Obdachlose sterben immer jünger, der jüngste, Mitte Januar verstorbene war gerade mal 24 Jahre alt. Wann wird wohl spürbar und nachhaltig damit begonnen, in Hamburg versprochenermaßen bis zum Jahre 2030 die Obdach- und Wohnungslosigkeit von mindestens 20.000 Menschen zu überwinden? Mehr zu der Kleinen Anfrage unter <https://taz.de/Obdachlose-in-Hamburg/!5930954/>.

Erneut ein schönes, spannendes Material hat die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS) herausgegeben. Es handelt sich dabei um eine **120-seitige Online-Broschüre**, die die RLS-Dependance in **Madrid** verantwortet. Das Teil trägt den Titel **Die PAH: Ein Handbuch**. Zitieren wir ein paar Zeilen aus der Ankündigung: »Wegen ihrer wahrhaft globalen Wirkung ist unter den spanischen Bewegungen der letzten zehn Jahre insbesondere die Wohnrechtsbewegung hervorzuheben. Vor allem die Plataforma de Afectadas por la Hipoteca (Plattform der Hypothekenbetroffenen – PAH) hat einen Paradigmenwechsel bewirkt, da sie das Wohnen als unveräußerliches Menschenrecht betrachtet und gezeigt hat, welche Bedeutung dem kollektiven Handeln im Streben nach größerer sozialer Gerechtigkeit zukommt. Sie hat deutlich gemacht, wie das Persönliche politisch werden kann und wie aus zunächst privaten Schicksalen große und organisierte Bewegungen wachsen können, die den Staat und die Gesellschaft insgesamt herausfordern. Dieses Handbuch beschreibt das Wesen der PAH und würdigt die Geschichte der Plattform und ihren Einsatz für menschenwürdiges Wohnen für alle. Es richtet sich an eine internationale Leser:innenschaft, für die die Erfolge der PAH einen hoffnungsvollen Ausblick bieten können.« Wenn das nicht Lust macht, in das Handbuch wenigstens mal »reinzublättern«. Und die RLS machts möglich, kostenfrei!

Und wo wir gerade bei internationalen Erfahrungen mit den Erfahrungen von Basisinitiativen und alternativer



[www.rosalux.eu/de/article/2125.die-pah-ein-handbuch.html](http://www.rosalux.eu/de/article/2125.die-pah-ein-handbuch.html)

Wohnungspolitik sind, da lohnt doch einmal der Blick auf unser Nachbarland Österreich, genauer: auf Salzburger Nockerln. In diesem – nun ja – erzkonservativen Land hat die **Kommunistische Partei Österreich** (KPÖ), eine der letzten Kommunistischen Parteien vom alten Schlag, bei der Salzburger Landtagswahl im April **11,7 Prozent** eingefahren, und das zu einem Gutteil



Der Salzburger KPÖ-Spitzenkandidat Kay-Michael Dankl ([www.kpoe-plus-sbg.at/landtagswahl\\_2023](http://www.kpoe-plus-sbg.at/landtagswahl_2023))



durch eine **verlässliche, auch praktisch untermauerte Wohnungspolitik** vor Ort. Hier der O-Ton: »Danke für 11,7 Prozent – und damit den Einzug in den Salzburger Landtag. Das heutige Wahlergebnis ist ein starkes Zeichen, dass Menschen wieder eine andere und ehrliche Politik wollen. Eine Politik, die endlich die extrem teuren Wohnkosten und die explodierenden Energiepreise angeht. Eine Politik, die verhindert, dass viele Menschen trotz Arbeit zu wenig zum Leben haben. Der Einzug von KPÖ PLUS ist schon allein deshalb eine kleine Sensation, weil wir diesen Einzug mit wenig Mitteln, aber viel Herzblut geschafft haben.« Glückwunsch nach Salzburg!

Wohngeldanträge verzögern sich in einigen Bezirken um Monate, Schlangen bei den Behörden werden immer länger, der Service lässt nach. Und woran liegt es zu einem schlechten Teil? **Tausende Stellen in Hamburgs Verwaltung unbesetzt**, antwortete darauf der NDR am 17. April ([www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Tausende-Stellen-in-Hamburgs-Verwaltung-unbesetzt,verwaltung136.html](http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Tausende-Stellen-in-Hamburgs-Verwaltung-unbesetzt,verwaltung136.html)) und die Rede ist noch nicht einmal vom anwachsenden Lehrer:innenmangel. Vor allem in der Senatskanzlei im Rathaus, in der Stadtentwicklungs- und der Kulturbehörde sind derzeit 16 bis 20 Prozent der Stellen unbesetzt, in einigen bezirklichen Kundenzentren sind ebenfalls viele frei: im Bezirk Mitte 16 Prozent, in Eimsbüttel 22 Prozent und in Altona gar 29 Prozent.

Und zu der angeblichen Mobilitätswende vielleicht noch diese Meldung. Lediglich **Platz sechs im Ranking der fahrradfreundlichsten 14 größten deutschen Städte nimmt Hamburg ein**. Dies teilte kürzlich der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) mit. Und das klingt fast noch besser als die »Note«, die die Elbmetropole bekommen hat, denn das ist leider nur

eine 3,98. Ein kolossaler Fortschritt, würde der Senat jetzt feststellen, denn 2020 lag die Note noch bei 4,10. Dies ist das Ergebnis eines »Fahrradklima-Tests« unter 245.000 Beteiligten. Wenn es auch nicht für eine repräsentative Umfrage reicht, so ist es doch eine erkleckliche Anzahl. »Bei Infrastruktur und Verkehrssicherheit schneidet die Stadt besonders schlecht ab«, bewertet der ADFC die Lage vor Ort. **»In Hamburg empfinden erschreckende 77 Prozent der Befragten das Radfahren als gefährlich** – nur wenigen macht es überwiegend Spaß. Zum Vergleich: In Bremen, dem Sieger des Klimatests, macht es auch dank vieler Fahrradstraßen 66 Prozent der Teilnehmer:innen Spaß Rad zu fahren.« Immerhin, es ist ja nicht nur alles dunkel: »Als gut bewerten Hamburgs Radfahrende wie schon in den letzten Umfragen das öffentliche StadtRAD-Leihsystem (Note 2,0) und die zahlreichen in Gegenrichtung geöffneten Einbahnstraßen (2,3). Die Erreichbarkeit des Stadtzentrums (2,8) erzielt einen zumindest befriedigenden Wert. Besonders schlecht wird die Breite der Hamburger Radwege bewertet (Note 4,9), ebenso wie die ungenügende Kontrolle von Falschparkern auf Radwegen (4,9) und das Problem der Fahrraddiebstähle (4,9)« (<https://hamburg.adfc.de/artikel/fahrradklima-test>).

**Reicht das und ist es für die Bevölkerung zumutbar?** Diese Frage wirft die Patriotische Gesellschaft angesichts der »Fortschreibung« der **Hamburger Klimapolitik** auf. Und zwar auf einer Veranstaltung am **Montag, den 22. Mai**, um 18.00 Uhr im Haus der Veranstalterin (Trostbrücke 6). Über die klimapolitischen Ziele des Senats und darüber, ob diese wirklich geeignet sind, den Klimaschutz massiv zu verstärken, ob gerade im Verkehrs- und Wohnungsbaubereich vernünftig geplant wird, darüber diskutieren an diesem Abend Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling (HCU, Klimabeirat Hamburg),

Karin Loosen (Präsidentin der Hamburgischen Architektenkammer), Karen Pein (Stadtentwicklungssenatorin), Annika Rittmann (Fridays for Future) und Malte Siegert (Vorsitzender des NABU Hamburg), die Moderation obliegt Dr. Jens Meyer-Wellmann (Hamburger Abendblatt). Mehr Infos und die Anmeldemöglichkeit (auch für eine digitale Teilnahme via YouTube) gibt es hier: [www.patriotische-gesellschaft.de/dabei](http://www.patriotische-gesellschaft.de/dabei).

Das diesjährige **Recht-auf-Stadt-Forum** findet vom **2. bis 4. Juni** in Oberhausen statt. Im Mittelpunkt steht dieses Mal das Thema **Organizing Communities**. Eingeladen sind dafür kleine Nachbarschafts- und Mieter:inneninitiativen, aber auch ebenso Vertreter:innen großer wohnungspolitischer Kampagnen, Hausprojekte, Besetzer:innen usw. Das Forum, so die Veranstalter:innen, soll »ein Ort sein, um verschiedenste stadtpolitische Kämpfe miteinander zu verknüpfen.« Weitere Infos und Anmeldedaten unter <https://recht-auf-stadt-forum.de/>.



Am **Donnerstag, den 29. Juni**, diskutiert **Jan van Aken**, der aus Hamburg kommende ehemalige Bundestagsabgeordnete der LINKEN (2009 bis 2017), über die **Eskalation der Waffen, Sanktionen und Verhandlungsmöglichkeiten im Ukraine-Krieg**. Der promovierte Biologe, langjährige Rüstungsexperte und derzeitige Referent für internationale Krisen und Konflikte bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung plädiert unverändert für eine aktive Abrüstungs- und Friedenspolitik und wird sich über Alternativen zum gegenwärtigen Kurs der Bundesregierung und auch zu den friedenspolitischen Konflikten innerhalb der LINKEN äußern. Und zwar an diesem 29. Juni um 18.00 Uhr in der Kaffeewelt (Böckmannstraße 3).

Neben den Altonaer LINKEN ist es vor allem der Bezirksverband Eimsbüttel, der sich um ein regelmäßiges Bildungsprogramm bemüht. In der Reihe »Basics« geht es beispielsweise am **Montag, den 5. Juni**, im Parteilbüro (Kieler Straße 689) von 18.00 bis 20.00 Uhr um die **Krankheitspolitik – Ursachen für den Gesundheitsnotstand**. Auskunft gibt an diesem Abend Nina Geiger, Bezirksvorstandsmitglied und Betriebsrätin. E-Mail-Anmeldung an [veranstaltungen@die-linke-eimsbuettel.de](mailto:veranstaltungen@die-linke-eimsbuettel.de).

Der diesjährige **»Hamburger Architektur Sommer«** setzt sich zu einem Gutteil mit dem Klimaschutz und den notwendigen Konsequenzen gerade für die Bau- und Architektursparte auseinander. Annähernd 300 Veranstaltungen **»Zwischen Ökologie und Baukunst«** sind es dieses Mal, die in ihrer Vielfalt kaum zu überblicken sind. Es handelt sich allerdings auch um eines der größten Festivals dieser Art überhaupt. Till Briegleb hat in einem informativen Artikel in der »Süddeutschen Zeitung« vom 10. Mai zwar kritisch angemerkt, dass es quasi keine inhaltliche Programmsteuerung gegeben habe, meint aber auch, dass diese »Anarchie« gleichzeitig »der größte Nachteil wie Vorteil des dreimonatigen Festivals ist«, denn es gibt eben wirklich alles im Sortiment. Die »einzige koordinierte Aktion dieser Riesenveranstaltung« sei »der Bau eines Info Pavillons in der HafenCity«, der bis zum 31. Juli »ein bisschen Koordinierung für Besucherinteressen leisten soll«. Immerhin, es gibt natürlich auch ein ausführliches Veranstaltungsverzeichnis, guckst du hier: [www.architektursommer.de/](http://www.architektursommer.de/).



# In unseren Städten wird Wohnopoly gespielt

Von Marco Hosemann

»Millionen Menschen haben ein Problem: Die Mieten steigen rasant, die Wohnungsnot wird immer größer. Menschen werden ihre Wohnungen gekündigt, in denen sie seit Jahrzehnten gelebt haben, Familien finden kein Zuhause, Geringverdiener:innen arbeiten nur noch für die Miete und die Zahl der Wohnungslosen erreicht Rekordwerte. In unseren Städten wird Wohnopoly gespielt.« (Caren Lay)

Auf Einladung der Linksfraktion hat Caren Lay am 2. Mai in der Buchhandlung in der Osterstraße aus ihrem im vergangenen Jahr erschienenen Buch »Wohnopoly – Wie die Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können« gelesen und mit den Teilnehmenden der Veranstaltung darüber diskutiert.

Caren ist Diplom-Soziologin, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE. Die Wohnungsfrage beschäftigte sie schon als Studentin und in der Zeit der Corona-Pandemie hatte sie endlich Zeit, ein Buch darüber zu schreiben.

In »Wohnopoly« beschreibt Caren, wie und warum Deutschland zum Eldorado für Wohnungsspekulation und Geldwäsche werden konnte, spürt falschen Leitbildern der

Wohnungspolitik und der Macht der Immobilienlobby nach. Die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit 1990 machte öffentliche Wohnungen zur handelbaren Ware. Die Privatisierungswelle wurde aber erst im Jahre 2000 mit dem Steuerentlastungsgesetz durch die SPD-GRÜNEN-Bundesregierung losgetreten und dem internationalen Finanzkapital damit der rote Teppich für die Spekulation mit Mietwohnungen ausgerollt. Statt etwas dagegen zu unternehmen, setzten die Entscheidungsträger:innen auf das Mantra »bauen, bauen, bauen« und glaubten, dass sich der Markt durch die Schaffung von mehr Wohnraum entspannen und die Mietpreise regulieren lassen würde. Als Vorbild dafür wird gerne Hamburg genannt. Dass es nicht funktioniert, hat u.a. der letzte Mietenspiegel 2021 mit durchschnittlichen Mietsteigerungen von 7,3 Prozent gezeigt.



Caren Lay und Moderator Marco Hosemann (Foto: Sabine Ritter)



Bei der Lesung endete Caren wie im Buch mit dem Mieten-Manifest, zehn Forderungen, die aus der Mietenkrise führen können. Die Wichtigste ist die Letztgenannte: »Organisiert Euch! Ohne Druck von unten geht es nicht. Entscheider\*innen müssen die Mietenbewegung mehr spüren als die Macht der Lobby.« Dieser Forderung konnte sich ein Vertreter von der Volksinitiative »Hamburg Enteignet« anschließen und an dem Abend gleich ein paar neue Mitstreiter:innen für die Vergesellschaftung der profitorientierten Wohnungsunternehmen in Hamburg gewinnen.

Das Buch ist zum Preis von 20,- Euro im Handel erhältlich, eine Leseprobe gibt es hier: [www.caren-lay.de/de/topic/68.leseprobe.html](http://www.caren-lay.de/de/topic/68.leseprobe.html).

Plakat zur Lesung mit Caren Lay am 2. Mai



## Zehn Jahre Großbaustelle Wilhelmsburg

Von Dirk Holm, Bündnis Verkehrswende Hamburg

Für die nächsten 10 bis 15 Jahre wird Wilhelmsburg zur Großbaustelle und so zum Nadelöhr. Viele für Hamburg lebenswichtige Verkehrsachsen führen über die Insel: die Autobahn A1, die Wilhelmsburger Reichsstraße B75, fast der gesamte Nord-Süd-Personenverkehr der Deutschen Bahn einschließlich des Warenverkehrs von und zum Hafen sowie die gesamten S-Bahn-Verkehre und Busverbindungen in den Raum südlich der Elbe und in die innere Stadt.

Die Idee, die 25 geplanten großen Bauprojekte auf den Elbinseln auf einer Übersichtskarte zusammenzufassen, stammt von der Bürgerinitiative »Engagierte Wilhelmsburger«. Die BI hat auch für deren Umsetzung gesorgt. Die dabei entstandene DIN A3-Karte (*siehe nächste Seite*) in einer Auflage von 2.000 Stück soll Bürgerinnen, Verwaltung und nicht zuletzt den politisch Verantwortlichen deutlich machen, was demnächst auf sie zu kommt. Nämlich ein Chaos, welches nicht nur die Elbinseln, sondern ganz Hamburg betreffen wird. Mehrere Großprojekte sollen zum Teil über Jahre hinweg zeitgleich gebaut werden. Das betrifft z. B. den Neubau der A1-Brücken über die Norder- und über die Süderelbe, den Neubau der DB- und S-Bahnbrücken an der Veddel sowie über die Süderelbe, den Bau der A26-Ost, sofern er nicht verhindert werden kann, umfangreiche Bauten von Wohnquartieren für rund 15.000 Neubürger, plus die dazugehörige Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten und vieles mehr.

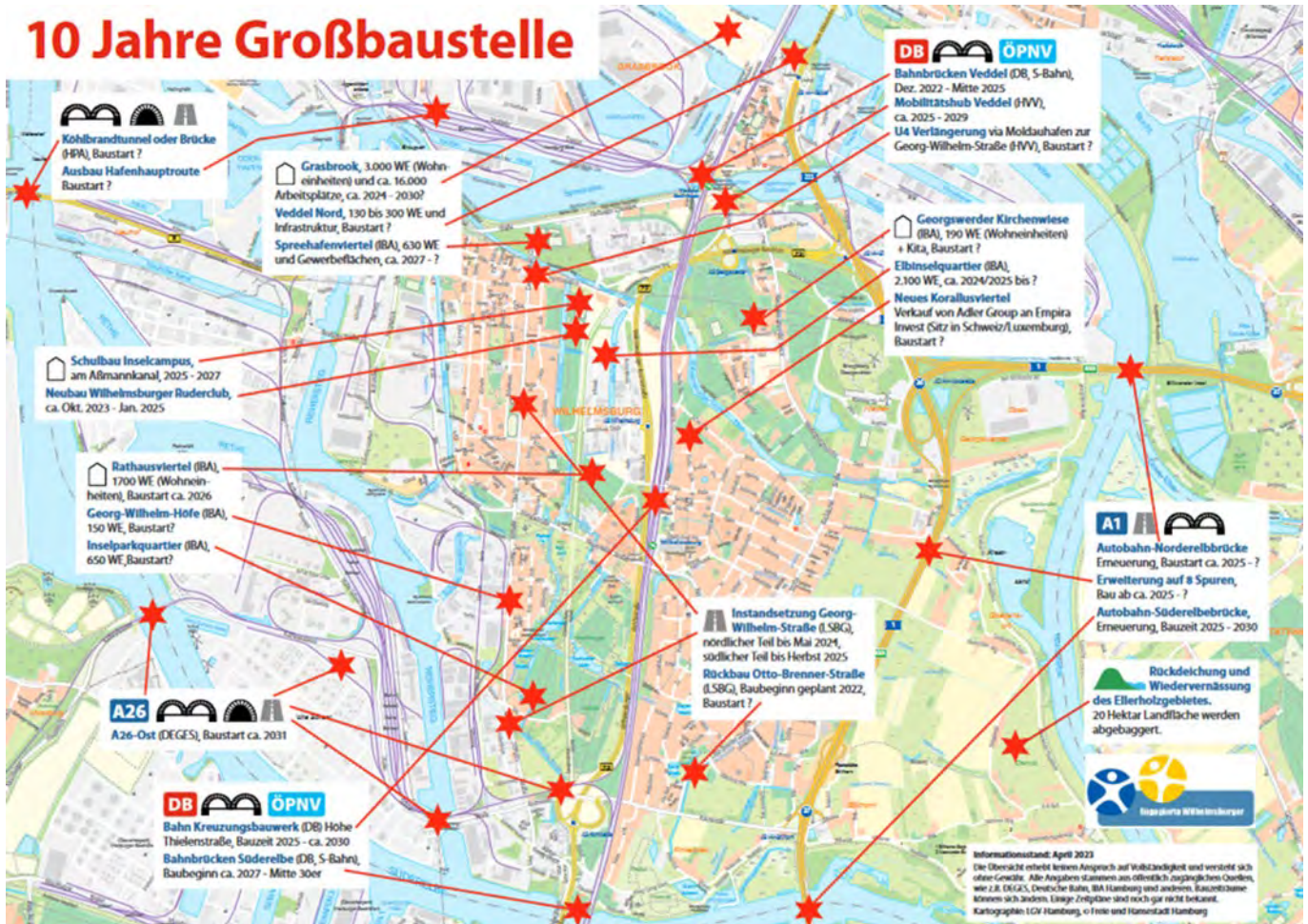
Offenbar haben die Verantwortlichen nicht auf dem Schirm, dass dadurch der gesamte Verkehr auf Straßen und Schienen von und nach Hamburg massiv behindert, bzw. zum Erliegen kommen wird. Und das über längere Zeit. Eine Koordination der Bauabläufe ist unseres Wissens nach nicht vorgesehen. Jeder Bauträger hat nur sein eigenes Projekt vor Augen. Dabei werden sich die Bauprojekte gegenseitig behindern. Alles Material muss per Lkw an- und abgefahren werden. Allein geschätzte 675.000 Kubikmeter Aushub für den Tunnel der geplanten A26-Ost. Das entspricht etwa 17.000 Lkw-Ladungen.

Für den Bau der Bahnbrücken über die Süderelbe werden Flächen beidseitig der Bahnstrecken und auf beiden Seiten der Süderelbe geräumt werden. Der Bauherr benötigt Platz, um die Brückenelemente vor Ort zusammenbauen zu können. Auch sie sollen per Lkw angeliefert werden. Dafür müssen unter anderem der DLRG-Stützpunkt und die Deichwacht weichen. Aber wohin? Gerade die Deichwacht musste jahrelang um einen neuen (diesen) Standort kämpfen. Bei all den Planungen scheint niemand darüber nachzudenken, was im Falle einer Sturmflut geschieht. Wie soll unter solchen Umständen die Bevölkerung evakuiert und versorgt werden?

Nicht zuletzt sind massive Umweltbelastungen und -zerstörungen zu befürchten. Durch die Bauarbeiten selbst und die dafür notwendige Logistik. Naherholungsgebiete und Naturschutzgebiete werden geschädigt. Der Wilde Wald im Reiherstiegviertel soll weitgehend gerodet werden. Viel heute noch freie Natur wird durch den Wohnungsbau versiegelt. Es ist flächendeckend mit starkem Lärm und erheblichen Staubbelastungen zu rechnen. Ganz zu schweigen von Erschütterungen des puddingweichen Marschbodens. Bereits die »Pfahlprobebelastungsbohrungen« der DEGES, im Rahmen der Bauvorbereitungen der A26-Ost, haben zu Bodenbewegungen und Beschädigungen anliegender Wohnhäuser geführt.

Auch die Deiche sind in Gefahr. Die Deichsicherheit ist ein jahrhundertaltes Dauerthema. Die Deiche sind laufend erhöht worden. Sie müssen ständig kontrolliert und gepflegt werden, damit sich ein Unglück wie 1962 nicht wiederholt. Es gibt auch einen direkten Zusammenhang zwischen der Deichsicherheit und der Wasserwirtschaft auf den Elbinseln. Niemand kann vorhersagen, was geschieht, wenn die Baugrube für den geplanten Autobahntunnel in Kirchdorf-Süd ausgehoben wird. Sicher ist aber, dass dies zu massiven Eingriffen in den Wasserhaushalt führen würde und dadurch den Deich bedrohen könnte. Zwei entscheidende Wetterern, die für die Entwässerung der Insel existenziell sind, wären direkt betroffen. Sie sollen verlegt werden. Überdies wäre

## 10 Jahre Großbaustelle



die Baugrube nur rund 600 Meter Luftlinie vom Deich der Süderelbe entfernt. Es fragt sich, welche Auswirkungen die Grabungen auf die Standfestigkeit des Süderelbedeiches hätten. Und so weiter und so fort.

All diesen Hinweisen, Fragen und Befürchtungen müssten sich eigentlich die Verantwortlichen stellen. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall. Denn Antworten gibt es bislang keine. Es wird allerhöchste Zeit, sich damit auseinanderzusetzen!

### Pressemeldung vom 11. Mai: Letzte Generation und Linksfraktion im Gespräch: Klimawandel bekämpfen und nicht die Aktivist:innen!

Vertreter:innen der Hamburger Linksfraktion haben sich am vergangenen Montag mit Vertreterinnen der Letzten Generation ausgetauscht. Dazu **Stephan Jersch**, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Es war ein respektvolles Treffen, bei dem beide Seiten sich darüber einig waren, dass die bisherigen Maßnahmen zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels völlig unzureichend sind.«

Die Letzte Generation steht seit Monaten im Fokus einer Negativberichterstattung. Konservative und rechtsradikale Politiker:innen überbieten sich gegenseitig mit Schuldzuweisungen und Strafandrohungen gegen die jungen Aktivist:innen, in der Folge kam es oft zu erheblicher Gewalt. Dazu **Sabine Boeddinghaus**, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion: »Diese jungen Menschen sorgen sich um unsere Zukunft. Doch statt sie zu hören, werden sie systematisch kriminalisiert. Die Maßnahmen der Polizei, insbesondere das Anwenden von Schmerzgriffen und der Versuch der Präventivhaft sind nicht

verhältnismäßig – so eskaliert man die Situation. Die Linksfraktion lehnt das ab – wir müssen den Klimawandel bekämpfen und nicht die jungen Menschen, die ihn ernstnehmen.«

Letzte Generation und Linksfraktion wollen im Gespräch bleiben. **Stephan Jersch**: »Mit unserem Antrag zur Erklärung des Klimanotstands in der letzten Legislaturperiode (Drs. 21/18187) hatten wir bereits Bürger:innenräte gefordert. Unsere Forderung nach Erhalt des 9-Euro-Tickets ist auch bekannt – viele Forderungen der Letzten Generation teilen wir.« **Sabine Boeddinghaus**: »Nun werden wir uns schriftlich an Bundeskanzler Olaf Scholz wenden und ihn auffordern, die Forderungen aufzugreifen. Eine Konfrontationspolitik nach Hamburger Muster ist völlig verfehlt und beweist nur, dass das Thema Klimapolitik bei den Regierungsparteien noch nicht ganz angekommen ist. Wir werden den Austausch mit der Letzten Generation fortsetzen – und können das auch Rot-Grün nur dringend empfehlen.«

## Auf Spurensuche in der Nachbarschaft

Holger Artus lebt heute im Hamburger Weidenviertel, zwischen Schlump und Christuskirche, in den 1970er- und 1980er-Jahren war es St. Georg. Er engagiert sich in der Erinnerungsarbeit, insbesondere in seinem Stadtteil. Vor allem mit der Deportation von über 1.500 jüdischen Menschen über die Schule Schanzenstraße im Juli 1942 hat er sich stark beschäftigt. Auch die Zwangsarbeit von Menschen verschiedener Nationalität, insbesondere der italienischen Militärinternierten, die ab 1943 als Zwangsarbeiter von Hamburger Unternehmen eingesetzt wurden, finden seine Aufmerksamkeit. Die Sinteza Laura Rosenberg, ab 1939 auf die Schule Schanzenstraße ging und dort Opfer der Entrechtung wurde, brachte ihn mit dem Thema der Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma in Verbindung. »Neben dem Organisieren von öffentlichen Kundgebungen geht es vor allem darum«, so das Credo von Holger Artus, »die heu-

tige Nachbarschaft auf das Thema anzusprechen und dafür zu sensibilisieren.«

Wir danken Holger Artus für den Bericht, den er im Abschluss an eine Ende April in St. Georg durchgeführte Veranstaltung verfasst hat. Mögen es die Leser:innen als eine Anregung aufnehmen, nach der verschütteten Geschichte im eigenen Quartier zu graben.

Die Ergebnisse seiner Forschung, aber auch seiner Vermittlungsbemühungen lassen sich diesen drei Links entnehmen:

- Italienische Militärinternierte in Hamburg: <https://imihamburg.wordpress.com>
- Erinnerung rund um die Schule Schanzenstraße: [www.sternschanze1942.de](http://www.sternschanze1942.de)
- Erinnerung an Zwangsarbeitslager in Othmarschen: [www.sternwollspinnerei.de](http://www.sternwollspinnerei.de)

## St. Georger Sinti und Roma: Opfer des Nazi-Terrors

Von Holger Artus

Auf einer Besprechung in Hamburg am 3. Juli 1939 unter Leitung des Obersenatsrats der Sozialverwaltung, Völcker, saßen Vertreter der Finanz, Bau-, Gesundheits- und Sozialbehörde, des Wohnungsamtes, der Polizei, der Kripo sowie der NSDAP zusammen. »Obersenatsrat Völcker berichtet über die Gründe der beabsichtigten Zusammenfassung aller in der Hansestadt Hamburg ansässigen Zigeuner«, heißt es in einem Protokoll dieser Zusammenkunft. In der Besprechung wurde u. a. ausgeführt, dass die meisten Roma und Sinti in Hamburg in den Wohngebieten in Harburg, »an der ehemaligen Altonaer und Wandsbeker Grenze und St. Georg (Grütz-machergang, um den Nagelsweg und Olgastraße)« leben. Zum damaligen Zeitpunkt war der Bau eines Zwangsarbeitslagers in Öjendorf für bis zu 1.000 Sinti und Roma in Planung. Das Projekt wurde im November 1939 jedoch endgültig gestoppt, vielmehr wurde ihre Deportation und damit die Vernichtung vorbereitet. Ende Oktober 1939 mussten sich alle Sinti und Roma, die in Hamburg lebten, bei den jeweiligen Polizeirevieren melden und durften nicht mehr umziehen.

Am 16. Mai 1940 wurden unter der Verantwortung der Kripo über 900 Sinti und Roma von der Hamburger Polizei aus ihren Wohnungen gerissen und in den Hamburger Freihafen verschleppt. Am 20. Mai 1940 fand die Deportation über den Hannoverschen Bahnhof (die Überreste in der heutigen Hafencity sind inzwischen als Mahnmahl hergerichtet) ins Vernichtungslager Belzec statt. Zu den damals Deportierten gehörte auch die Familie Anna Hartmann und Erwin Brandt mit ihren Kindern aus dem Grütz-machergang 33 in Hamburg St. Georg. Die Wohnung wurde von der Polizei versiegelt und die zuständige Revierwache kündigte gegenüber dem Vermieter das Mietverhältnis. Der Wohnungsinhalt wurde durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt

und dafür sogenannte »Abwesenheitspflegschaften« festgelegt, die sich um die Abwicklung des Verkaufs des Haushalts kümmerten. Allerdings stellte in diesem Fall die Staatsanwaltschaft später fest, dass »die Pflegschaft am 25. Mai 1940 wieder aufgehoben (wurde), da die Anwesenden in ihre Wohnung zurückgekehrt sind«. Warum die Hartmanns am 22. Mai 1940 wieder in ihre Wohnung eingezogen sind, ist unbekannt, blieb aber eine Ausnahme.

Am 11. März 1943 fand die zweite Deportation von Sinti und Roma über den Hannoverschen Bahnhof statt (am 18. April 1944 wurden noch einmal 27 aus Hamburg nach Auschwitz verschleppt). An diesem Tag wurden 357 Menschen, diesmal nach Auschwitz, deportiert. 47 von ihnen kamen aus dem Stadtteil St. Georg/Hammerbrook, aus der Olgastraße 4 und der Idastraße 27. Im Grütz-machergang 33 wohnten die bereits erwähnten Personen Anna Hartmann (geb. 2. Februar 1895) und Erwin Brandt (19. September 1902) mit ihren Kindern. Im 1. Stock hatten sie eine 3-Zimmer-Wohnung mit Küche. Sie hatten neun Kinder, die alle in die katholische Schule in der Danziger Straße 60 bzw. die Schule Bü-laustraße 38 zur Schule gegangen waren. Am 11. März 1943 wurden Helene (geb. 31. Dezember 1924), Walter (11. Januar 1928), Fritz (5. März 1930) Heino (4. Mai 1932), Wilhelm (19. Januar 1935), Adolphine (29. April 1939) und ihre Eltern nach Auschwitz deportiert und später dort ermordet.

Der Blick auf die St. Georger Familie Hartmann offenbart eine weitere Systematik in der Verfolgungs- und Vernichtungsstrategie des NS-Regimes gegen die Sinti und Roma, die bis heute in ihrem Ausmaß nicht aufbereitet worden ist. Hugo (14. August 1922) wurde am 26. Juni 1942 ins KZ Sachsenhausen, Margot (3. September 1923) am 6. August 1942 ins KZ Ravensbrück verschleppt. Sophie (13. Januar 1926) war seit dem 26. Juni 1942

im Gefängnis Hütten (Hamburg-Neustadt) inhaftiert und von dort ins KZ Ravensbrück verlegt worden. Die beiden Schwestern waren wegen angeblichen Diebstahls 1942 zu »Erziehungszwecken« im Sommer 1942 zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Sie waren kein Einzelfall, es gibt weitere Familien, deren kleine Kinder zu Gefängnisstrafen vor der Deportation am 11. März 1943 verurteilt und danach in die KZs in Deutschland wie Sachsenhausen, Buchenwald oder Ravensbrück verschleppt wurden, um hier zur Zwangsarbeit eingesetzt zu werden.

Ausblick: Am 27. April 1945 kamen Margot und Sophie Hartmann mit weiteren Sinti und Romas im KZ Außenlager in Hamburg Sasel an. Am 4./5. Mai 1945 wurden sie von der britischen Armee befreit. Der Terror war beendet, der Rassismus in der deutschen Gesellschaft jedoch nicht gebrochen und begleitete die beiden nach 1945 weiter. Heute wohnen die Nachkommen von Sophie Hartmann immer noch in St. Georg.

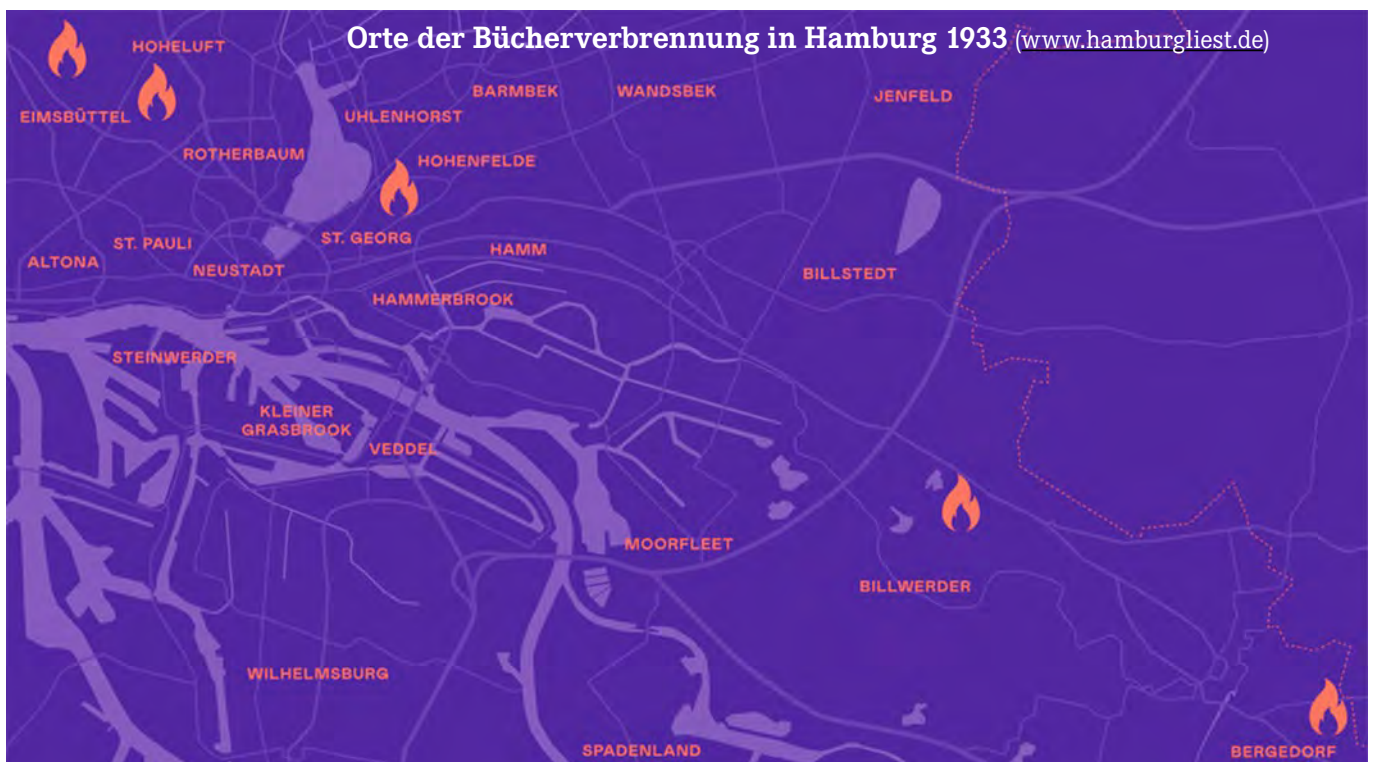
## Erinnerung an die Deportationen 1942

**Aus dem Aufruf zur Kundgebung am 19. Juli**

**Anlässlich des Jahrestages der Massendeportationen am 15. und 19. Juli 1942 von über 1.500 jüdischen Menschen über die Schule Schanzenstraße soll auch 2023 daran erinnert werden.**

**Kundgebung am 19. Juli 2023 um 18 Uhr an der Namenstafel der Juli-Deportierten  
Altonaer Straße 38**

Am 19. Juli 2023 findet eine Kundgebung am Haupteingang der Schule Schanzenstraße auf Höhe der Altonaer Straße 38 bei der Namenstafel der Juli-Deportierten statt. Am 19. Juli 1942 wurden fast 800 jüdische Menschen von der Schule von der Polizei zum Hannoverschen Bahn in Hamburg nach Terezin/Theresienstadt, in der Nähe von Prag, verschleppt. Insgesamt wurden an diesem Tag über 900 von Hamburg aus deportiert. Sie kamen auch aus anderen Orten außerhalb Hamburgs oder nahmen sich das Leben. Marlies Poss, Angehörige von Berthie Philipp, die am 15. Juli 1942 deportiert wurde, und Marlies Schmidt, Angehörige von Hindelchen Karp, werden das Wort ergreifen. Sprechen werden auch der Antisemitismusbeauftragte der Stadt Hamburg, Stefan Hensel und Olaf Wunder, Reporter der »Hamburger Morgenpost« ([www.sternschanze1942.de](http://www.sternschanze1942.de)).



## Kultur Tipp

### Hamburg liest »verbrannte Bücher«

In den kommenden Wochen wird in vielen deutschen Städten an die Bücherverbrennungen der Nationalsozialisten im Mai/Juni 1933 gedacht. Weithin bekannt in Hamburg ist eigentlich nur ein Autodafé: die Aktion am 15. Mai auf dem Kaiser-Friedrich-Ufer im Stadtteil Hoheluft. Doch es hat damals weitere Bücherverbrennungen gegeben: Ende Mai in der Methfesselstraße (Eimsbüttel), am 31. Mai auf dem Lübecker-torfeld (St. Georg), am 24. Juni auf dem Fritz-Reuter-Platz (Bergedorf) sowie am 25. Juni in den Boberger Dünen (Lohbrügge).

Den Bücherverbrennungen vor 90 Jahren ist in diesen Wochen – vom 10. Mai bis zum 10. Juni – ein vielfältiges Programm gewidmet. Es rangiert unter den Titel »Hamburg liest verbrannte Bücher« – und beherzigt damit einen berühmten Ausspruch von Erich Kästner: »Bücher, das wissen wir jetzt, kann man nicht verbrennen«. Der berühmte Literat war am 10. Mai 1933 selbst Zeuge geworden, als seine Bücher auf dem Berliner Opernplatz in Flammen aufgingen. Die Bücherverbrennungen – die von den Nazis sogenannte »Aktion wider den undeutschen Geist« – stehen für einen der symbolträchtigsten Akte der Unterdrückung und Verfolgung von Intellektuellen.

In **mehr als 50 Lesungen und Vorträgen** wird Hamburg der geächteten Schriftsteller:innen gedenken. Die Palette reicht dabei von Heinrich Heine über Irmgard Keun, Erich Maria Remarque, Erich Kästner und Joachim Ringelnatz bis zu Egon Erwin Kisch, aber auch weniger bekannte Autor:innen wie Grete Berges oder Heinz Liepmann kommen »zu Wort«. Besonders hervorzuheben ist unter den insgesamt fünf Ausstellungen zum Thema eine **Präsentation von Illustrationsstudierenden der HAW**, die die Bücherverbrennungen zum Semesterschwerpunkt gemacht und Plakate, Comics und »szenisch inszenierte Puppen« (u. a. von Mascha Kaléko und Kurt Tucholsky) hergestellt haben. Diese Ausstellung mit dem Titel »feuerfest« wird noch bis zum 18. Juni in der **Staats- und Universitätsbibliothek** gezeigt. Das Gesamtprogramm findet sich im Netz unter [www.hamburgliest.de/veranstaltungen/#ueber-das-verbrennen-von-buechern](http://www.hamburgliest.de/veranstaltungen/#ueber-das-verbrennen-von-buechern). Zum Einlesen in den Veranstaltungszyklus eignet sich auch ein Interview der »ZEIT« mit Konstantin Ulmer (Universitätsbibliothek), der das Literaturfestival koordiniert.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> [www.zeit.de/hamburg/2023-05/konstantin-ulmer-hamburg-liest-verbrannte-buecher-literatur-festival-nationalsozialismus](http://www.zeit.de/hamburg/2023-05/konstantin-ulmer-hamburg-liest-verbrannte-buecher-literatur-festival-nationalsozialismus).



Eine nicht im Programm auftauchende Stadtteil-Veranstaltung am Sonntag, den 11. Juni, um 19.00 Uhr im **Kulturladen St. Georg** (Alexanderstraße 16) sei hier noch erwähnt. Das »Literarische Menüett« möchte in seinem neuen Programm das Augenmerk auf eher unbekanntere oder vergessene Autor:innen lenken. Das Paket aus Lesung, Musik und einem schmackhaften Büffet ist für 17,- Euro zu haben, eine verbindliche Anmeldung per E-Mail an [info@gw-stgeorg.de](mailto:info@gw-stgeorg.de) nötig.

Ein abschließender Tipp noch: Ausgehend von der privaten **Sammlung Georg P. Salzmanns** (1929–2013) verfügt die Universitätsbibliothek Augsburg heute über eine einzigartige »Bibliothek der verbrannten Bücher« mit knapp 10.000 Bänden, darunter einer großen Anzahl an Erstausgaben, die die Autodafés 1933 überlebt haben. Einige selten zu findende Bücher sind inzwischen auch digitalisiert und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Einen wahren Bücherschatz und eine interessante Geschichte des Sammlers gibt es hier: [www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/sondersammlungen/bibliothek-der-verbrannten-buecher](http://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/sondersammlungen/bibliothek-der-verbrannten-buecher).

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg